

Normative Demokratiemodelle und Globalisierung: does size matter?

Baums, Ansgar

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Baums, A. (2000). *Normative Demokratiemodelle und Globalisierung: does size matter?* (Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Arbeitsschwerpunkt Politik, 30). Berlin: Freie Universität Berlin, Osteuropa-Institut Abt. Politik. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-440246>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ansgar Baums
Normative
Demokratiemodelle
und Globalisierung

30_{/2000}

**Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts
der Freien Universität Berlin**
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft

Ansgar Baums

Normative Demokratiemodelle und Globalisierung.

Does Size Matter ?

Heft 30/2000

© 2000 by Ansgar Baums
Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft
Herausgeber: Klaus Segbers
Redaktion: Susanne Nies/ Christoph Zürcher

ISSN 1434 – 419X

Abstract	
1 Einleitung	2
2 ZUR LEGITIMITÄTSPROBLEMATIK	4
2.1 Demokratische Performanz: Input-Kongruenz	5
2.2 Systemische Performanz: Output-Kongruenz	5
2.3 Identität und Öffentlichkeit	6
2.3.1 Wir-Identität	6
2.3.2 Öffentlichkeit	7
3 PLACES, FLOWS AND DEMOCRACY	8
3.1 Räumliche Logik und funktionale Differenzierung	8
3.2 Identität unter den Bedingungen der Globalisierung	9
3.3 Öffentlichkeit unter den Bedingungen der Globalisierung	10
4 MODELLE EINER POSTSTAATLICHEN DEMOKRATIE	12
4.1 Konservierung oder Negation des Staates?	12
4.2 Zur Kritik der kosmopolitischen Demokratie	16
4.3 Akteure und Institutionen einer poststaatlichen Demokratie	19
5. ZUSAMMENFASSUNG	22
6. Quellen- und Literaturverzeichnis	24

Abstract

Das liberale Demokratiemodell mit seiner engen Anbindung an den Staat gerät angesichts des Globalisierungsprozesses in eine tiefe Krise. Die Suche nach einem neuen, mit dem Globalisierungsprozeß kompatiblen Demokratiemodell orientiert sich anhand der Kriterien der systemischen Performanz (output-Legitimität), der demokratischen Performanz (input-Legitimität) sowie der Identitätsproblematik. Der äußere Rahmen für eine poststaatliche Demokratie ist der Prozeß der Globalisierung: die sich gegenüberstehenden Raumorganisationsprinzipien der *flows* und *places* lassen sowohl rein funktional-sektoral als auch territorial orientierte Demokratieformen unbrauchbar erscheinen. Das Grundgerüst einer poststaatlichen Demokratie beinhaltet eine neue Aufgabenverteilung zwischen lokalen, an *places* orientierten Akteuren, Staaten und funktional-sektoral organisierten Akteuren.

1 Einleitung

Ausmaß und Reichweite des Globalisierungsprozesses sind im Moment nur zu erahnen. Daß der Akteur Staat in vielen Bereichen an Einfluß verloren hat, ist offensichtlich. Die Globalisierungsdebatte hat sich allerdings zu lange auf kurzfristige und beschränkte Symptome konzentriert und dabei wesentlichere Fragen ignoriert. Zu diesen umfassenderen Aspekten gehört sicherlich die Zukunft der Demokratie: Wenn die Annahme des (unfreiwilligen) Rückzuges des Staates¹ stimmt, was bedeutet das dann für die liberale Demokratie der Neuzeit? Die Demokratie ist eng mit dem „westfälischen Tempel“ des territorialen Nationalstaat verbunden.² Stellen wir die Frage nach der Zukunft des Staates, so stellen wir auch die Frage nach der Zukunft der Demokratie, oder – wie Robert Dahl es formuliert – die Frage nach der dritten Transformation.³

Zugespitzt stellt sich die Frage nach der Größe der Demokratie in einer globalisierten Welt, d.h. in welchem politischen Rahmenwerk und durch welche Verfahren soll zukünftig die demokratische Legitimation von Machtausübung stattfinden? Eine naheliegende Antwort wäre die Ausweitung der territorial-demokratischen Institutionen über den Staat hinaus. Gänzlich anders gelagert sind kommunitaristische Vorschläge zu einer rein funktional differenzierten Demokratie. Beide Vorschläge gehen jedoch von falschen Annahmen aus. Daß die Verwirklichung der Vorschläge nicht nur nicht wünschenswert, sondern sowohl demokratischen Kernbedingungen als auch der Logik der Globalisierung zuwider läuft, wird Thema dieser Arbeit sein.

¹ Vgl. Strange (1996).

² McGrew (1997a): S. 6. Vgl. a. Dahl (1994): S. 25 f. und Beck (1998): S. 17.

³ Vgl. Dahl (1989) und (1994). Vgl. a. Brock (1998): „Was verloren geht, ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als der historische Bezugsraum der Demokratie.“ S. 56 (Hervorhebung im Original).

Dazu bedarf es einiger Vorarbeiten. Eine Bewertung der Vorschläge zu einer poststaatlichen Demokratie ist nur dann möglich, wenn (i) das Demokratiedefizit (normativer Aspekt: Kap. B) und (ii) die Globalisierung (Kap. C) näher bestimmt sind. Aus diesen beiden Quellen wird ein Set an Bedingungen für eine funktionierende poststaatliche Demokratie generiert werden.

Notwendig ist vor allem die Schärfung des Begriffes der demokratischen Legitimität, der auf den ersten Blick symbiotisch mit dem Territorialstaat verbunden zu sein scheint.⁴ Ein derartiger Legitimitätsbegriff würde das Nachdenken über eine globale Demokratie sinnlos machen. Vielmehr geht es darum, die Aspekte der Demokratie zu isolieren, die von einem anzunehmenden globalen Rahmen direkt betroffen sind.

Desweiteren ist der Prozeß der Globalisierung näher unter dem Gesichtspunkt von strukturellen Rahmenbedingungen für eine poststaatliche Demokratie zu betrachten. Das Nachdenken über neue Formen von Demokratie macht nur Sinn, wenn die zugrundeliegenden sozialen Prozesse bekannt sind. Globalisierung stellt sich hier als ein Prozeß der Neudefinition von Raum in *space of places* und *space of flows* dar.⁵

Nachdem ein Set von Demokratiebedingungen zur Verfügung steht und der Prozeß der Globalisierung problematisiert ist, können in einem nächsten Schritt Konzepte für eine Neugestaltung der Demokratie analysiert werden (Kap. D). Anhand einiger bisher gemachter Vorschläge soll ein Grundgerüst für eine poststaatliche Demokratie diskutiert werden, das sowohl den normativen als auch den faktischen Ansprüchen einer globalisierten Welt genügt.

⁴ Vgl. Agnew / Corbridge (1995): S. 94 und Albers (1998): S. 55.

⁵ Vgl. Castells (1996), (1997) und (1998).

2 Zur Legitimitätsproblematik

Zunächst gilt es, die Bedingungen der Demokratie zu isolieren, die von der Ausweitung eines demokratischen Systems direkt betroffen sind. Dies dürfte nicht schwer fallen, da es die Probleme sind, die täglich unter dem Stichwort „Demokratiedefizit“ diskutiert werden. Dieses Demokratiedefizit beschreibt nichts anderes als die durch den Globalisierungsprozeß problematisch gewordene Legitimität des politischen Systems.⁶

Zu Recht wird in der politischen Debatte darauf verwiesen, daß der Globalisierungsprozeß im trade-off zwischen Effektivität und Legitimität das Verhältnis zugunsten der output-orientierten Seite verschoben hat – ein Prozeß, der das Vertrauen auf den Nationalstaat problematisiert.⁷ Selbst die Stärkung der staatlichen Kompetenzen durch einen intergouvernementalen Ansatz wäre problematisch, da sich auch hier ein Legitimitätsdefizit ergibt: Eine immer größere Zahl von Themen wird international verhandelt⁸, aber eben dieser Verhandlungsprozeß ist nur äußerst unzureichend demokratisch rückgekoppelt.⁹

Zur weiteren Analyse ist es sinnvoll, die Anforderungen, die an ein politisches System gestellt werden, näher zu betrachten.¹⁰ Jedes politische System (also nicht nur das demokratische politische System) muß zur Legitimation der monopolisierten Herrschaftsausübung bestimmte Leistungen (Performanzen) erbringen – wie zum Beispiel innere und äußere Sicherheit, Wirtschaftswachstum etc. Da diese Leistungen von jedem politischen System erbracht werden müssen, kann man sie als systemische (output-orientierte) Performanzen bezeichnen. Das demokratische System hat jedoch einen weitergehenden Anspruch: demokratische Performanz bezieht sich auf die input-Seite eines politischen Systems und leitet sich direkt aus dem normativen Demokratiebegriff ab. Aus dem Legitimitätsdefizit der existierenden demokratischen Staaten lassen sich drei kritische Momente isolieren, mit denen sich ein poststaatliches

⁶ Als Legitimität wird hier die Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung bezeichnet. Der hier verwendete Begriff bezieht sich auf ein Set von Bedingungen, das weder mit einem rein empiristisch-faktizistischen (Weber) noch mit einem rein normativen Begriff kompatibel ist. Vgl. Habermas (1976): S. 39; Hennis (1976); Fach / Degen (1978): S. 10 ff. und Kopp / Müller (1980).

⁷ Vgl. Heinelt (1998): S. 80; Fuchs (2000): S. 26; Dahl (1994); Habermas (1997): S. 109. Wie zu zeigen sein wird, sind die Begriffe unpräzise. Ebenso ist der *trade-off*-Logik nicht unbedingt zuzustimmen.

⁸ Soskice (1998) verwendet für diese „neuen Themen“ der internationalen Verhandlungen den Begriff der *behind-the-border-issues*. Zur demokratietheoretischen Problematik internationaler Verhandlungen vgl. Zürn (1998): S. 245 f. und Neyer (1999): S. 42.

⁹ Der Staatsbegriff ist in diesem Zusammenhang problematisch. In einer ersten Bedeutung steht „Staat“ hier als Synonym für das politisch-administrative System. Wenn im folgenden von einer „poststaatlichen Demokratie“ die Rede ist, bezieht sich das auf den Referenzrahmen der demokratischen Prinzipien. Dieser Unterschied wird vor allem in der These der „neuen Staatsräson“ deutlich: diese geht davon aus, daß sich in einer globalisierten Welt der Staat auf Kosten der Demokratie stärkt. Vgl. Streeck (1998): S. 12; Wolf (1997).

¹⁰ Vgl. zum Folgenden Fuchs (1998).

Demokratiemodell auseinandersetzen muß: input-Kongruenz, output-Kongruenz sowie das Identitäts- und Öffentlichkeitsproblem.¹¹

2.1 Demokratische Performanz: Input-Kongruenz

Unter input-Kongruenz versteht man die Übereinstimmung des Kreises der von einer Entscheidung Betroffenen mit dem Kreis der am Entscheidungsprozeß Beteiligten. Diese Performanz ist Kern der demokratischen Legitimität und Ausdruck der Volkssouveränität: Diejenigen, die von einer Entscheidung betroffen sind, sollen am Entscheidungsprozeß in irgendeiner den demokratischen Grundprinzipien entsprechenden Form teilhaben können. Würden die Betroffenen auf eine Entscheidung keinen Einfluß nehmen können, so wäre es Fremdbestimmung.¹²

Die Verwirklichung dieses Grundprinzips ist nicht notwendigerweise an eine bestimmte Methode gebunden: sowohl Partizipation als auch Repräsentation sind möglich. Die liberale Demokratie der Gegenwart verwirklicht die Volkssouveränität durch Repräsentation (anders als die Polis).¹³ Welche Methode in einer poststaatlichen Demokratie die bessere Wahl ist, wird zu diskutieren sein.

2.2 Systemische Performanz: Output-Kongruenz

Output-Kongruenz betrifft die Effektivität - oder genauer: die Reichweite der in einem politischen System gefällten Entscheidungen. Diese Reichweite soll grundsätzlich mit dem betroffenen Handlungszusammenhang übereinstimmen, d.h. die Entscheidungen müssen durch ihre thematische oder geographische Reichweite in der Lage sein, die behandelten Probleme zu lösen. Die Verlagerung von Unternehmensentscheidungen in den unzureichend regulierten Raum einer globalisierten Wirtschaft ist demnach problematisch unter dem Gesichtspunkt der Volkssouveränität, da sich der tatsächliche Einfluß von Wahlentscheidungen verringert. Die Zweifel am Territo-

¹¹ Die hier gemachte Unterscheidung zwischen systemischer und demokratischer Performanz wird nicht von allen Wissenschaftlern geteilt. *Input- und output*-Orientierung eines demokratischen Systems ist keine zwingende Annahme. In der Tat gibt es Vorschläge zu einer „halbierten“ *output*-Demokratie. Diese expertokratische, minimalistische Perspektive (vgl. den Begriff der *Komitologie*) bedeutet nichts anderes als die Abkopplung der Legitimation von der demokratischen Partizipation. Aus dieser Sicht erscheint auch die Rolle von internationalen Organisationen unproblematisch, solange sie effektiv sind! Dieser Sichtweise schließe ich mich nicht an. Die Verwirklichung der Volkssouveränität impliziert die *tatsächliche* Souveränität. Der elitäre Glaube, eine politische Führungsschicht könne das Wohl der Bürger besser einschätzen als diese selbst und für eine gerechte Verteilung der Güter sorgen, halte ich mindestens für fragwürdig. Vgl. Scharpf (1970); Dahl (1994); Greven (1998): S. 254; Benz (1998): S. 212 f; Heinelt (1998): S. 80; Kaiser (1998): S. 8 f und Held (1995): S. 25.

¹² Es fällt nicht schwer, diesen abstrakten Punkt zu veranschaulichen: ein wichtiges Argument der Demonstranten in Seattle war die mangelnde Einflußmöglichkeit der Bürger auf die Ergebnisse der WTO-Runde.

¹³ Vgl. Fuchs (2000): S. 9.

rialstaat sind insbesondere in diesem Punkt offenkundig.¹⁴ Ein „neues“ politisches System sollte diese Aufgabe besser lösen können – eine genauere Bestimmung dieser Bedingung wird die Analyse der Globalisierung möglich machen.

2.3 Identität und Öffentlichkeit

2.3.1 Wir-Identität

Im Kontext der input-Kongruenz wurde von Fremdbestimmung gesprochen. Dies setzt zunächst eine Selbst-Definition des Demos voraus. In der Tat ist der Besitz einer Wir-Identität für ein demokratisches System unserer Prägung unabdingbar. Identitäten sind

„... the process of construction of meaning on the basis of a cultural attribute, or related set of cultural attributes, that is/are given priority over other sources of meaning.“¹⁵

Legitime Mehrheitsentscheidungen setzen ein Bewußtsein gemeinsamer Interessen voraus, da der majorisierte Teil der Bevölkerung grundsätzlich die Option hätte, die getroffene Entscheidung als „Fremdherrschaft“ (als illegitime Mehrheitsentscheidung) zu bezeichnen:

Erst die Zugehörigkeit zur „Nation“ hat zwischen Personen, die bis dahin Fremde füreinander gewesen waren, einen solidarischen Zusammenhang gestiftet (...). Die Nation oder der Volksgeist (...) versorgt die rechtlich konstituierte Staatsform mit einem kulturellen Substrat.¹⁶

Die Einführung der Identität in den Legitimitätsbegriff hat wichtige Auswirkungen, da Identität die Legitimität aus dem rein institutionellen Kontext löst: Legitimität wird somit zum strukturellen Phänomen.¹⁷ Kielmansegg führt an, daß eine Wir-Identität aus drei verschiedenen Quellen entsteht: (i) Kommunikations-, (ii) Erfahrungs- und (iii) Erinnerungsgemeinschaften.¹⁸ Unnötig zu erwähnen, daß eine Wir-Identität des Demos nichts mit einem Ethnos zu tun haben muß.¹⁹ Identitäten sind

¹⁴ Die anschwellende Agenda der WTO oder Weltbank sind Zeichen für eine zunehmende Dysfunktionalität eines auf den Territorialstaat begrenzten politischen Systems - ebenso das Schlagwort der „Standortkonkurrenz“, welches für die Kapitulation des politischen Gestaltungswillens vor globalen Herausforderungen steht. Dabei ist es unerheblich, ob dieser Gestaltungsverlust als negativ empfunden wird (Oskar Lafontaine) oder aber fröhlich hingenommen wird (Guido Westerwelle). Vgl. Habermas (1998a): S. 95 f.

¹⁵ Castells (1997): S. 6.

¹⁶ Habermas (1996): S. 135, 137. Vgl. a. Brown (1995), Beck (1998): S. 33 und Habermas (1998b): S. 77 ff.

¹⁷ Vgl. Majone (1998).

¹⁸ Kielmansegg (1996): S. 54 f. Vgl. a. Scharpf (1993): S. 165 / Zürn (1998): S. 239.

¹⁹ Vgl. Scharpf (1998): S. 232.

zwar äußerst beständige Konstruktionen, aber dennoch Teil historischer Veränderung.²⁰

2.3.2 Öffentlichkeit

Insbesondere der erste Punkt in Kielmanseggs Argumentation verdient besondere Aufmerksamkeit: das Konzept der Kommunikationsgemeinschaft bedingt die Anwesenheit einer Öffentlichkeit, in der sich die Identitätskomponente des Demos mitteilt.²¹ Wir-Identität und Öffentlichkeit hängen in der Tat eng zusammen.²² Was nun eine Öffentlichkeit genau ist und welche Funktion sie im demokratischen Prozeß einnimmt, ist höchst umstritten.²³ Die Streitpositionen müssen hier im einzelnen nicht nachvollzogen werden. Interessant sind zunächst die Funktionen und Voraussetzungen einer Öffentlichkeit. Öffentlichkeit kann definiert werden als:

„... ein intermediäres System, dessen politische Funktion in der Aufnahme (input) und Verarbeitung (throughput) bestimmter Themen und Meinungen sowie der Vermittlung der aus dieser Verarbeitung entstehenden öffentlichen Meinung (output) einerseits an die Bürger, andererseits an das politische System bestehen.“²⁴

Das von Kielmansegg aufgestellte Set muß weiter unterteilt werden. Ein Kennzeichen der modernen Gesellschaft ist die Differenzierung in Teilsysteme, die jeweils eine andere Sinnorientierung aufweisen und auf verschiedene Bezugsprobleme spezialisiert sind (wie Wirtschaft, Wissenschaft, Familie, Erziehungssystem, Recht, Kunst etc.). Jedes Teilsystem erfüllt eine spezifische Funktion und orientiert sich an systemeigenen Kriterien.²⁵ Davon zu unterscheiden ist die politische Öffentlichkeit, die eine Vermittlungsfunktion zwischen den funktional spezifizierten Teilsystemen einnimmt und der das Recht auf kollektiv verbindliche Entscheidungen zukommt:

„Politik kommt sowohl eine besondere, übergeordnete Stellung als Problemadressat zu (input), als auch eine Sonderstellung als Problemlösungssystem, als Steuerungsakteur der Gesamtgesellschaft (output).“²⁶

Für diese Arbeit stellt sich insbesondere die Frage, welche Möglichkeiten einer kollektiven, politischen Öffentlichkeit im globalen System bestehen und welche Bedeutung die funktional spezifizierten Öffentlichkeiten einnehmen werden.²⁷

²⁰ Vgl. Castells (1997): S. 7. Dies bedeutet *nicht*, daß der Prozeß der Globalisierung automatisch einen Weltbürger entstehen läßt. Es sprechen viele gute Gründe für eine entgegengesetzte Entwicklung (vgl. Kap. C.III).

²¹ Vgl. Scharpf (1993): S. 165.

²² Vgl. Gerhards (1993): S. 98 und Habermas (1992): S. 636 ff.

²³ Vgl. Peters (1994).

²⁴ Gerhards / Neidhardt (1990): S. 6. Vgl. a. Merten (1999), Schambeck (1992) und Thaysen (1993).

²⁵ Modernisierung als Prozeß der funktionalen Differenzierung ist ein klassischer Topos der soziologischen und politikwissenschaftlichen Literatur. Zur neueren Diskussion vgl. Luhmann (1977) und Mayntz (1988).

²⁶ Gerhards / Neidhardt (1990): S. 9. Vgl. a. Habermas (1997): S. 451. Diese These steht im Widerspruch zur Luhmann'schen Systemtheorie!

3 Places, Flows and Democracy

3.1 Räumliche Logik und funktionale Differenzierung

Wie auch immer eine poststaatliche Demokratie aussehen soll - sie bleibt an die „Gesetze“ des Globalisierungsprozesses gebunden. Entscheidend für die gestellte Aufgabe ist ein Konzept von Globalisierung, das – wie die Problematisierung der Identität andeutet – soziale Veränderungen erklären kann. Manuel Castells' Konzept der *network society* erfüllt diese Anforderungen: mit der Konzentration auf die Veränderung der sozialen Bedeutung von Raum und Zeit ist das Modell geeignet, den Prozeß der Globalisierung umfassend darzustellen.²⁸ Raum ist ein

„... material product, in relationship to other material products – including people – who engage in (historically) determined social relationships that provide space with a form, a function, and a social meaning.“²⁹

Castells sieht die Ursachen für die Veränderung des Raumes in der information technology revolution: die Folge ist das Entstehen eines virtuellen, globalen Interaktionsraumes, der sich der geografischen Organisationslogik entzieht. Die neue Logik des Raumes, die Castells *space of flows* nennt, ist *placeless*. *Space of flows* ist die räumliche Manifestation von Macht und Funktion in einer globalisierten Gesellschaft. Diese bildet sich nach funktionalen - nicht territorialen - Mustern aus: Flows von Kapital, Informationen, Technologie, Symbolen etc. sind in dem Territorialprinzip entwichen. Der Raum vernetzter Industrieunternehmen und Finanzbeziehungen überschneidet sich mit einer Vielzahl politischer Räume – der Staat wird wirtschaftlich und politisch „suboptimal“.³⁰ Globalisierung ist keine teleologische Entwicklung in Richtung einer Weltgesellschaft, sondern vielmehr die Ablösung des Primats der territorialen durch eine funktionale Differenzierung.

Space of flows ist jedoch nicht die einzige Logik, auch wenn es die dominante ist. Demgegenüber steht das traditionelle Verständnis von Raum, in dem sogar die Mehrheit der Bevölkerung lebt:

„The space of flows does not permeate down to the whole realm of human experiences in the network society. Indeed, the overwhelming majority of people (...) live in places, and so they perceive their space as place-based.“³¹

²⁷ Vgl. Kap. C.III. Grundsätzlich gibt es zu dieser Frage drei mögliche Positionen, von denen die „minimalistische“ oben schon erwähnt worden ist. Daß die maximalistische Position (nämlich die normative Annahme, daß eine transstaatliche Öffentlichkeit die gleichen Merkmale aufweisen muß, wie eine nationale) ebenso überzogen ist, wird sich zeigen. Vgl. Neyer (1999).

²⁸ An dieser Stelle können nur die für das Thema relevanten Aspekte der Globalisierung – nämlich die Neukonstruktion des sozialen Raumes - behandelt werden. Diese kurze Abhandlung hat selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

²⁹ Castells (1996): S. 411.

³⁰ Vgl. Offe (1998): S. 107; Reinicke / Witte (1999) und Reinicke (1998): S. 69 ff. Zum Machtbegriff in eine poststaatlichen Welt vgl. Agnew (1999).

³¹ Castells (1996): S. 423 (Hervorhebung durch den Autor). Vgl. a. Mathews (1997): S. 52.

Betroffen sind von der Globalisierung sowohl *places* als auch *flows* – Einfluß auf die Lenkung der Ströme (nicht zu verwechseln mit Kontrolle!) nimmt allerdings nur eine funktionale Elite. Die Bevölkerung, die in *places* lebt, empfindet den Prozeß der Globalisierung vor allem als „Enteignung“.³²

3.2 Identität unter den Bedingungen der Globalisierung

Der Nationalstaat ist nicht länger die Schicksalsgemeinschaft (*community of fate*).³³ Mit der zunehmenden Dysfunktionalität und dem Demokratiedefizit des Staates gerät die legitimierende Identität in eine Krise. Der Schwund an output-Legitimität führt offensichtlich zu einer langfristigen Abnahme der „diffusen Unterstützung“ für den Staat.³⁴

„With the exception of a small elite of globapolitans, people all over the world resent loss of control over their lives, over their environment, over their jobs, over their economies (...). Thus following an old law of social evolution, resistance confronts domination, empowerment reacts against powerlessness, and alternative projects challenge (...) the logic of the new global order...“³⁵

Identitäten sind Konstrukte, die sich unter dem Einfluß von Machtfeldern bilden. Die *network society* mit der inhärenten Spaltung in *flows* und *places* als Ausdruck einer neuen Machtbalance provoziert Widerstand und gleichzeitig ein Wiederaufkommen von identity politics.³⁶ Es liegt nahe, *communities of choice* wie Fundamentalismus, Nationalismus und Separatismus, die in den 1990er Jahren eine Renaissance erlebten, in diesem Kontext zu deuten.³⁷ Diese Bewegungen erhalten ihre Legitimität durch „Exclusion of the Excluders by the Excluded“, also den Widerstand gegen die dominanten Globalisierungskräfte. Castells bezeichnet diese ihrem Charakter nach defensiven Identitäten (gegen Globalisierung, gegen networking, gegen Flexibilisierung) als communal oder resistance identities.³⁸

„The communes of resistance defend their space, their places, against the placeless logic of the space of flows characterizing social domination in the Information age. They claim their historic memory, and / or affirm the per-

³² Guéhenno (1999).

³³ Held (1991): S. 142. Zur Formierung neuer Identitäten s.a. Walker (1993): S. 159 ff; Agnew (1999): S. 514; Zürn (1998): S. 256 ff und Guéhenno (1998b): S. 143.

³⁴ Zur diffusen und spezifischen Unterstützung: Vgl. Easton (1953), (1965); Fuchs (1989).

³⁵ Castells (1997): S. 69. Wie schon angedeutet, hat Castells globale Funktionselite nichts mit einer Verschwörungstheorie gemein. Dies widerspräche der Logik der *flows*. *Flows* sind zwar ein Ausdruck von Macht, doch die „globapolitans“ sind weit davon entfernt, diese *flows* wirklich steuern zu können. Vgl. Castells (1997): S. 359 f.

³⁶ Vgl. Benhabib (1998): S. 225, Guéhenno (1998a) und (1998b): S. 143.

³⁷ Vgl. den „Neuen Regionalismus“ in Zürn (1998): S. 260 und Reinicke (1998): S. 69. Dies widerspricht der verarbeiteten Ansicht, Globalisierung werde Nationalismus überwinden.

³⁸ Vgl. Castells (1997): S. 8.

manence of their values, against the dissolution of history in timeless time...“³⁹

Diese Gemeinschaften definieren sich durch ihre Grenzen und sind in sich geschlossen. Diese Entwicklung enthält Gefahren, da diese Widerstandsgemeinschaften durch ihren Exklusionscharakter sehr konflikträchtig sind. Andererseits besteht durchaus die Möglichkeit einer positiven Einbindung dieser Bewegungen, so daß ihr exklusiver Charakter in ein reformistisches Projekt umgeleitet wird. Dies hängt aber von der Einbindung der Widerstandsidentitäten in eine globalisierte Welt ab: Also

„... muß das Projekt komplexes Weltregieren (...) ohne (...) Formen zivil konstituierter Identität auskommen. Wenn ein symbolisches Bezugssystem, in dem sich starke kollektive Identitäten ausbilden können, jenseits des Nationalstaates für absehbare Zeit nicht zur Verfügung steht, muß es vorrangig darum gehen, das allgegenwärtige und komplexitätsreduzierende Wir-Gefühl in einer komplexer werdenden Welt in politisch ungefährliche Bahnen zu lenken.“⁴⁰

Diese neuen Projektidentitäten⁴¹ beziehen sich vor allem auf die Reform der dominanten Institutionen. Castells sieht deren Ursprung in den heutigen Widerstandsidentitäten.⁴² Ganz offensichtlich ist die besondere Bedeutung des Lokalen für diese Identitäten. Die Einbindung derselben setzt also – auf welche Weise auch immer – eine Fokussierung auf den sozialen Raum der *places* voraus.

3.3 Öffentlichkeit unter den Bedingungen der Globalisierung

Angeichts globaler Machtströme stellt sich die Frage nach einer globalen, kollektiven politischen Öffentlichkeit zur Kontrolle derselben. Wie stehen die Chancen für diese globale, politische Öffentlichkeit? Die Entwicklungen innerhalb der EU lassen auf erhebliche Schwierigkeiten schließen.⁴³ Eine auf „Laienniveau“ stattfindende Öffentlichkeit bleibt an Sprachräume gebunden.⁴⁴

Sprachgrenzen dürften im Kontext der *places* in Zukunft sogar noch wichtiger werden: angesichts globaler Migrationsströme ist die Definition von *resistance identities* durch ethnische Konstrukte zunehmend bedeutungslos.⁴⁵ Die Logik der *flows* legt

³⁹ Castells (1997): S. 358.

⁴⁰ Beck (1998): S. 362.

⁴¹ „Neu“ in Abgrenzung zu alten Projektidentitäten, die sich aus der Industrieära entwickelten wie zum Beispiel die Emanzipationsbewegung.

⁴² Vgl. Castells (1997): S. 356 f.

⁴³ Wie aktuell das Problem ist, hat die Diskussion zwischen Joschka Fischer und Jean-Pierre Chevènement gezeigt. Vgl. Die Zeit (26/2000). Abgesehen davon, daß es außer „Eurosport“ keinen europäischen Fernsehkanal oder eine erfolgreiche Tages- bzw. Wochenzeitung gibt (der *European* von Robert Maxwell war ein ausgesprochener Mißerfolg), gestalten sich die politischen Debatten ebenfalls im nationalen Rahmen. Vgl. Schlesinger (1994); Eder / Hellmann / Trenz (1998): S. 326; Fuchs (2000): S. 28; Eder (1999); Gerhards (1993); Offe (1998): S. 109 ff.

⁴⁴ Vgl. Kielmansegg (1996): S. 57; Greven (1998): S. 265 und Castells (1997): S. 52.

⁴⁵ Vgl. Castells (1997): 52. Zu Migrationsproblematik vgl. a. Habermas (1998a).

eine andere Öffentlichkeit nahe: globale *flows* führen zu einer Beschleunigung des Anschlusses von nationalen Teilöffentlichkeiten an einen globalen Diskurs: epistemic communities zeichnen sich dadurch aus, daß Spezialisten in Fachsprachen über ihr Fachgebiet unabhängig von ihrem geografischen Standort kommunizieren.⁴⁶ Öffentlichkeit organisiert sich so der flow-Logik entsprechend nach issue-Betroffenheit, und nicht mehr nach generalisierter Betroffenheit.⁴⁷ Wenn Betroffenheit das entscheidende Merkmal dieser Öffentlichkeiten ist, so impliziert dies eine grundsätzliche Variabilität: Publikum bildet sich dann, wenn es betroffen ist. Dies bedeutet vor allem den Abschied von der theoretischen Allzuständigkeit des Bürgers. Genau wie die *flows* tendenziell elitär sind, so bildet sich auch hier eine „transnationale Elitenöffentlichkeit“ heraus.⁴⁸

In diesem Kontext bewegt sich die Diskussion um die neuen elektronischen Medien. Deren Bedeutung für die Globalisierung ist in der Tat enorm. Dies ist jedoch zu unterscheiden von der Bildung einer allgemeinen Öffentlichkeit: so effektiv das Internet im Bereich der funktional spezifizierten Öffentlichkeit ist, so wenig ist es in der Lage, eine „elektronische Agora“ zu schaffen:

Die Herausbildung eines Willens des Demos unter den Bedingungen komplexer Gesellschaften setzt zumindest eine gemeinsame Öffentlichkeit voraus. Eine „Virtuelle Gemeinschaft“ ist eben keine reale Gemeinschaft und kann keinen Demos konstituieren, der auch nur in einem eingeschränkten Sinne den Charakter eines Subjektes der Selbstregierung oder der Steuerung der Regierenden aufweist.⁴⁹

Gerhards und Neidhardt unterscheiden drei öffentliche Kommunikationsebenen: Encounters (Kommunikation „*au trottoir*“), Veranstaltungen und massenmediale Kommunikation. Diese drei Formen entsprechen der historischen Entwicklung der Öffentlichkeit in der Moderne. Wie bei allen Massenmedien können neue elektronische Formen keineswegs die sowohl historisch als auch analytisch „früheren“ Formen ersetzen, die keinesfalls subsidiär sind:

„Deutet man diese Problematik im Hinblick auf die intermediäre Funktion des Öffentlichkeitssystems, dann liegt es nahe, eine prinzipielle Gleichrangigkeit aller Öffentlichkeitsebenen anzunehmen. Die höhere Ebene kann die Leistung der unteren steigern, ihre Bedeutung aber nicht ersetzen. Um „authentisch“ zu bleiben, braucht die Massenkommunikation den Informations-

⁴⁶ Epistemic communities können definiert werden als „*networks of professionals with recognized expertise and competence in a particular domain and an authoritative claim to policy-relevant knowledge within that domain*.“ Haas (1992): S. 3 und Eder / Hellmann / Trenz (1998): S. 324 ff.

⁴⁷ Vgl. Eder / Hellmann / Trenz (1998): S. 325.

⁴⁸ Vgl. Eder / Hellmann / Trenz (1998): S. 340.

⁴⁹ Fuchs (2000): S. 29. Vgl.a. Jarren (1998): „*Wenn innerhalb von Netzgruppen vor allem eine themenzentrierte Kommunikation möglich ist, so wird sich dort bestenfalls eine Art von Fachöffentlichkeit unterhalb der allgemeinen Medienöffentlichkeit ausbilden.*“ S. 19.

input und die Kontrolle aus der sozialen Infrastruktur kleiner und mittlerer Öffentlichkeiten.“⁵⁰

Massenmediale Kommunikation kann keinesfalls die Notwendigkeit von places zu allgemeinen Meinungsbildung ersetzen. Desweiteren bleiben die neuen Medien vorerst einer Elite vorbehalten.⁵¹

4 Modelle einer poststaatlichen Demokratie

Mit der bis jetzt gewonnenen Systematik kann die Frage nach der „Größe“ der Demokratie besser beantwortet werden. Die Diskussion spitzt sich zunächst auf eine Frage zu: soll Demokratie territorial oder funktional konstruiert werden? Im folgenden wird es notwendig sein, die Argumente derer zu prüfen, die am Staat in nahezu unveränderter Form festhalten; sowie derer, die den Staat gänzlich aus ihren Überlegungen verbannen.

4.1 Konservierung oder Negation des Staates?⁵²

Würde man Wissenschaftler wie Fritz Scharpf, Wolfgang Streeck, David Miller, Karl Kaiser, Claus Offe und Robert Dahl nach der zukünftigen Gestalt der Demokratie im Kontext der Globalisierung fragen, so würden diese vermutlich den Kontext nicht in Frage stellen.⁵³ Die Notwendigkeit eines poststaatlichen Demokratiemodells würden sie allerdings verneinen: auch in Zukunft werde die Demokratie staatlich (und damit territorial) gebunden sein.

Eine Minderheit begründet die Notwendigkeit des Staates ethisch. Dies ist nur insofern interessant, als diese Position die Identität als Argument bemüht.⁵⁴ David Miller baut seine Begründung auf drei Annahmen auf: (i) hat jede Person das Recht auf eine nationale Identität, (ii) ist die Nation eine ethische Gemeinschaft, und (iii) hat eine Nation Anspruch auf Selbstbestimmung.⁵⁵ Konsequenz dieses Dreisatzes ist die Verteidigung des Nationalstaates gegen sowohl subnationale als auch transnationale Formen der politischen Organisation.

⁵⁰ Gerhards / Neidhardt (1990): S. 25. Die Genese der Öffentlichkeit spielt in der ethischen Begründung des Nationalstaates eine Rolle. Vgl. Kap. D.I.

⁵¹ Dies wird im globalen Rahmen noch viel deutlicher als in den westlichen Ländern: nur 25% der Weltbevölkerung haben einen Telefonanschluß. In den USA zeigen sich deutliche Differenzen zwischen weißer und schwarzer bzw. hispanischer Bevölkerung im Umgang mit den neuen Medien. Vgl. Buchstein (1996): S. 591; Jarren (1998): S. 14 und Castells (1997): S. 351.

⁵² Zwei Argumentationsmodelle werden in dieser Arbeit nicht beachtet: die der Globalisierungsneugier und die der ausschließlich auf *output*-Legitimität konzentrierten Theoretiker. Für alle anderen Theorien stellt sich nun die Frage, wie die Anforderungen der Globalisierung mit der Legitimitätsproblematik verbunden werden können.

⁵³ So der Titel von Streecks Buch (1998): „*Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie*“. Vgl. Dahl (1994), Kaiser (1998), Offe (1998), Streeck (1998), Scharpf (1998).

⁵⁴ Vgl. hierzu Schmalz-Bruns (1999): S. 191 ff.

⁵⁵ Vgl. Miller (1995): S. 10 ff.

Eine zweite Gruppe von Wissenschaftlern argumentiert funktional: für sie ist der Nationalstaat schlichtweg notwendig, um das Problem der input-Legitimation zu lösen: jenseits des Staates, so ihr Argument, sei die Volkssouveränität nicht aufrecht zu erhalten. Karl Kaiser befürwortet deswegen eine Rückführung der Politik auf die Nationalstaatsebene, um so die Legitimitätslücke zu schließen:

„Es geht hier (...) um die These, daß auch unter den Bedingungen der Globalisierung und der Standortkonkurrenz (...) die nationale Politik keineswegs zum bloßen Vollzug ökonomischer Sachzwänge verurteilt ist, sondern weiterhin in der Lage bleibt, mit voller demokratischer Legitimität zwischen strategisch bedeutsamen Optionen zu wählen.“⁵⁶

Das „Skalenproblem“ Streecks bezieht sich auf die Unmöglichkeit sowohl funktionale Vollständigkeit, Identitätsaspekt und staatliche Erzwingbarkeit auf einer Ebene (subnational, national, international) zu erreichen.⁵⁷ Auch hier erscheint der Staat als notwendige, zentrale Instanz:

„Wenn das, was man das Skalenproblem der Demokratie nennen könnte, weder durch das Ausweichen nach oben, durch Internationalisierung, noch durch Verlagerung nach unten, durch Regionalisierung, aufzulösen ist, hängt die Zukunft der Demokratie, und insbesondere ihrer so kritisch gewordenen „sozialen Dimension“, nach wie vor entscheidend davon ab, was auf nationaler Ebene geschieht.“⁵⁸

Zweites Argument der funktional argumentierenden Gruppe ist die Notwendigkeit des Staates bei Umverteilungsaufgaben:

„Als zentrales Problem nationaler Demokratie bei abnehmender institutioneller und sektoraler Vollständigkeit national organisierter Wirtschaftsgesellschaften erscheint damit der Rückgang ihrer Verpflichtungsfähigkeit. (...). Anders ist dies bei den potentiellen Verlierern des Strukturwandels, die zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage auf die mehrheitliche Indienstnahme eines effektiven Staatsapparates für Zwecke umverteilender Solidarität und sozialer Sicherung angewiesen sind.“⁵⁹

Obwohl die von den Vertretern dieser Sichtweise vorgebrachten Argumente wichtige Aspekte ansprechen, verfehlt die Argumentation das eigentliche Problem: gerade die durch den Prozeß der Globalisierung entstehenden Probleme sollen durch einen Rückzug auf ausgerechnet die Institution gelöst werden, die von der Globalisierung am stärksten problematisiert wird. Da input- und output-Legitimität miteinander verschränkt sind, kann die Begründung für den Staat nicht alleine die input-Legitimität

⁵⁶ Kaiser (1998): S. 20 (Hervorhebung durch den Autor).

⁵⁷ Siehe dazu am Ende des Abschnitts.

⁵⁸ Streeck (1998): S. 33.

⁵⁹ Streeck (1998): S. 37-38.

sein, wenn dadurch die output-Legitimität verloren geht: was nutzt dem Bürger die Mitbestimmung, wenn die betroffene Institution keine wirksamen Entscheidungen fällen kann? Dieser Ansatz läßt sich auch nicht mit einem komitologischen Ansatz kombinieren, da die Konzentration auf den Staat eine trade-off-Logik zwischen Effektivität und Legitimität schafft. Die Unfähigkeit des Modells, die funktional-sektorale Logik der Globalisierung zu adaptieren, macht es unbrauchbar.

Noch problematischer ist die ethische Begründung. Warum soll ausgerechnet der Nationalstaat einziger Bezugspunkt von Identitäten sein? Der Nationalstaat an sich bietet keinen verlässlichen normativen Anhaltspunkt zur Identitätsbildung.⁶⁰ Ebenso falsch ist der Hinweis auf eine historisch gewachsene Öffentlichkeit. Wie die Analyse der Öffentlichkeit gezeigt hat, konstituiert sich die Öffentlichkeit sowohl historisch als auch analytisch von den einfacheren Kommunikationsformen aus.⁶¹ So ist Millers Argument zwar gegen eine globale Öffentlichkeit verwendbar, nicht aber gegen subnationale.

Das Gegenstück zu den vorgestellten Modellen sind rein funktional-sektoral differenzierte Modelle wie die Demarchie John Burnheims, der zu Beginn seiner Darlegungen provokant fragt:

„Must there be some single organization in a given territory that has a monopoly of legitimate force to deal with issues of common interest and assert the common interest over all more particular interests?“⁶²

In Burnheims System hat ein Staat im klassischen Sinne keinen Platz mehr. Die Demarchie basiert auf einer

„... vision of a proliferation of diverse, overlapping and spatially differentiated self-governing „communities of fate“ in which there would be multiple sites of power but no „sovereign“ of centralized structures of authority in any kind.“⁶³

Das Ende staatlicher Souveränitätsrechte wird nicht als Verlust, sondern als Befreiung empfunden. Burnheim verabschiedet sich so nicht nur vom Staat, sondern auch vom allzuständigen Staatsbürger: Dem nämlich traut Burnheim keine Kompetenz in einer zunehmend komplizierter werdenden Welt zu. Der Bürger der Demarchie erhält seine Mitbestimmungsrechte ausschließlich über seine Betroffenheit vom jeweiligen Thema.⁶⁴ Damit definiert er die Randbedingungen der input-Kongruenz komplett neu:

„If the point of democracy is that good decisions, decisions that reflect the long-term interests of people, should be made, it is questionable whether peo-

⁶⁰ Vgl. Schmalz-Bruns (1999): S. 197.

⁶¹ Vgl. Kap. C.III.

⁶² Burnheim (1985): S. 19.

⁶³ McGrew (1998b): S. 247.

⁶⁴ Vgl. Burnheim (1985): „Nobody should have any input into decision-making where they have no legitimate material interest.“ S. 5.

ple can know enough to make rational decisions on the very large issues that have to be faced.“⁶⁵

Aus dem Kreis der jeweils Betroffenen werden per Losentscheid Komitees bestimmt. Die Komitees untereinander werden durch keine übergeordnete Autorität gesteuert. Zur Frage der Identität nimmt Burnheims Argumentation eine interessante Wendung:

„I shall argue that specialisation of function could ensure that no large body of people had so strong an identification with any one organization as to regard it as representing uniquely their supreme interests.“⁶⁶

Das hier nur unvollständig vorgestellte Demarchie-Modell beinhaltet viele interessante Ideen und ist in sich kohärent. Die vermeintlich einfache Kritik an diesem Modell ist schwerer zu formulieren, als es zunächst scheint. Burnheim löst das Problem der Übereinstimmung von Betroffenen und Entscheidenden in einer funktional differenzierten Gesellschaft durch eine einfache Konstruktion. Dennoch gibt es eine Reihe von Problemen. Dies betrifft vor allem die andere Hälfte des input-Begriffes: Wie passen place-orientierte Identitäten in Burnheims Konzept? Die Antwort Burnheims erscheint paradox, da sie im Kern das klassisch-liberale Bild des Individuums in sich trägt.⁶⁷ Burnheims Konzept hat keine Antworten auf *resistance identities*. Ebenso ist die Koordination der einzelnen Komitees problematisch – das Demarchie-Modell geht stillschweigend von einer unsichtbaren Hand aus.⁶⁸ Das vollständige Verschwinden einer Ordnungsmacht scheint aber höchst unwahrscheinlich – das Problem der sich überschneidenden issue-areas kann im Demarchie-System demnach nicht überzeugend gelöst werden.⁶⁹

Burnheims Modell verdeutlicht ein zentrales Problem: die Emanzipation der Demokratie vom Staat einerseits und das vollständige Verschwinden des Staates andererseits bedingen einander nicht. Die vollständige Auflösung des Staates in einer globalisierten Welt ist problematisch, da vor allem ordnungs- und verteilungspolitische Aufgaben zu lösen bleiben. Keiner der bisher bekannten Vorschläge bietet in diesem Sektor einen adäquaten Ersatz. So impliziert die Verbindung von Demokratie und Funktionalitätsprinzip nicht das Ende des Staates als Funktionsträger. In der Tat sprechen wir nicht über eine poststaatliche Welt, sondern über eine poststaatliche Demokratie. Globalisierung stellt nicht die externe, formale Souveränität (im Sinne Bodins), sondern die interne, operationelle Souveränität⁷⁰ des Staates in Frage: Das

⁶⁵ Burnheim (1985): S. 3.

⁶⁶ Burnheim (1985): S. 21.

⁶⁷ Einschränkung muß gesagt werden, daß neue liberale Theorien Identitäten sehr wohl eine wichtige, zum Teil zentrale Rolle einräumen. Vgl. Moravcsik (1997): S. 525.

⁶⁸ Vgl. Beck (1998): „Insofern kann der moderne Staat als Hintergrund-Garant funktionaler Differenzierung gelten.“ S. 30.

⁶⁹ Vgl. Dryzek (1995): S. 23.

⁷⁰ Zur Definition: Interne Souveränität ist die „Fähigkeit des Staates, die rechtliche Unabhängigkeit nach außen mit dem alleinigen Recht, jegliche Aktivitäten in einem abgegrenzten Territorium zu bestimmen, zu ergänzen.“ Reinicke / Witte (1999): S. 9. Vgl. a. Reinicke (1998): S. 52 ff. und Kap. D.III.

rechtliche Konstrukt „Staat“ bleibt also unangetastet.⁷¹ Nicht das Verschwinden des Staates, sondern die Nebenordnung von anderen Akteuren und seine funktional-sektoralen Desaggregation sind die Folge der Globalisierung:

„The state is not disappearing, it is disaggregating into its separate, functionally distinct parts. These parts – courts, regulatory agencies, executives, and even legislatures – are networking with their counterparts abroad, creating a dense web of relations that constitutes new, transgovernmental order.“⁷²

Auf der anderen Seite ist die Notwendigkeit eines Neuentwurfs des Demokratiemodelles deutlich geworden. Ein Festhalten an der ausschließlich an den Staat gebundenen Demokratie geht zu Lasten der Legitimität.⁷³ Ausschließlich der territorialen Differenzierung zugewandte Modelle leiden an mangelnder output-Legitimität, da viele Probleme auf territorial-staatlicher Ebene nicht gelöst werden können. Territorialstaatlich organisierte Politikeinheiten sind zunehmend stumpfe Schwerter:

„Elites are cosmopolitan, people are local. The space of power and wealth is projected throughout the world, while people's life and experience is rooted in places, in their culture, in their history. Thus, the more a social organization is based upon ahistorical flows, superseding the logic of any specific place, the more the logic of global power escapes the socio-political control of historically specific local / national societies.“⁷⁴

Solange das Prinzip der Volkssouveränität territorial verankert ist, sind Entscheidungen von global agierenden Institutionen problematisch – dies trifft nicht nur im Sinne einer Interdependenz⁷⁵ zu, sondern auch auf alle internen Angelegenheiten des Staates. Das Schmieden eines schärferen Schwertes ist demnach an die Einsicht gebunden, die politische Kontrolle auf diese funktionalen Ströme einzurichten: der Raum der *flows* muß politisiert werden. Dies beinhaltet auch eine Neudefinition der Staatsrolle.⁷⁶

4.2 Zur Kritik der kosmopolitischen Demokratie

Das von David Held vertretene kosmopolitische Modell stellt einen der umfassendsten Entwürfe dar: Held liefert nicht weniger als ein Kursbuch der Demokratie. Sein Modell greift die gerade geführte Analyse bezüglich des Staates auf. Auf diesen

⁷¹ Vgl. Reinicke / Witte (1999) und Reinicke (1998): S. 66 ff.

⁷² Slaughter (1997): S. 184.

⁷³ Vgl. McGrew (1997a): „... if states no longer have control over their own territories; and if territorial and political boundaries are increasingly permeable, the core principles of liberal democracy – that is self-governance, the demos, consent, representation, and popular sovereignty – are made distinctly problematic.“ S. 12.

⁷⁴ Castells (1996): S. 416. Albers spricht von „Glokalisierung“. Vgl. Albers (1998): S. 52. Auf der anderen Seite kann man argumentieren, daß nicht die Globalisierungsprozesse selbst, sondern „nur“ die territoriale Beschränkung der heutigen politischen Systeme das Problem sind. Dies wird in Kapitel E zu erläutern sein.

⁷⁵ Vgl. Keohane / Nye (1989).

⁷⁶ Zur näheren Bestimmung dieser Rolle vgl. Kap. D.III.

Grundlagen formuliert Held drei Grundanforderungen an eine „neue“ Demokratie: (i) die territorialen Grenzen eines politischen Systems müssen angesichts der globalen Probleme „umgegossen“ werden, um diese Probleme einer demokratischen Entscheidungsfindung zugänglich zu machen,⁷⁷ (ii) Rolle und Platz von internationalen Regulierungsinstitutionen müssen überdacht und ausgeweitet werden, und (iii) müssen diese in einen demokratischen Prozeß einbezogen werden.⁷⁸

Während der erste Punkt auf das Effektivitätsproblem zielt, dient die Demokratisierung internationaler Organisationen der Verringerung des Legitimitätsdefizits. Das kosmopolitische Modell sieht eine Verringerung des Legitimitätsdefizits durch eine stärkere Fokussierung auf den einzelnen Bürger vor, d.h. die Abkopplung des Repräsentations- und Legitimationsweges vom Staat.⁷⁹ Dazu gehört erstens die Institutionalisierung einer Weltbürgerschaft. Dies wird für Held möglich, indem er – zweitens - über die Staaten eine gesetzgebende Institution im Rahmen der VN einrichten will. Diese bildet sich aus Vertretern aller demokratischer Staaten und soll nach und nach supranationales Recht setzen:

„States would be „relocated“ within, and articulated with, an overarching global democratic law. (...). The principles of individual democratic states and societies could come to coincide with those of cosmopolitan democratic law. As a consequence, the rights and responsibilities of people qua national citizens and qua subjects of cosmopolitan law could coincide, and democratic citizenship could take on, in principle, a truly universal status. In these circumstances, it could be said, adapting Kant, that the individuals who composed the states and societies whose constitutions were formed in accordance with cosmopolitan law might be regarded as citizens, not just of their national communities or regions, but of a universal system of „cosmo-political“ governance.“⁸⁰

Die Verknüpfung von internationalen Organisationen mit der Zivilgesellschaft erfolgt des Weiteren durch die verstärkte öffentliche Kontrolle der Organisationen durch die Akreditierung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs).⁸¹ Drittens befürwortet Held die Einführung weltweiter Referenden.

Das Modell der doppelten Bürgerschaftsrechte ist kennzeichnend für die sich überlappenden Souveränitäten.⁸² Neben der Umgehung des Staates bezüglich der internationalen Institutionen schlägt Held als weitere Legitimitätserhöhende Maßnahme eine

⁷⁷ Vgl. Held (1998): S. 71.

⁷⁸ Vgl. Held (1993): S. 33.

⁷⁹ Vgl. Held (1995): S. 396: „...democracy for the new millenium should describe a world where citizens enjoy multiple citizenships. They should be citizens of their own communities, of the wider region they live in, and of a cosmopolitan global community.“ Vgl. a. Habermas (1998a): S. 160 f. Linklater rückt die kosmopolitische Demokratie in die Nähe der Diskursethik – zumindest Habermas sieht diese Verbindungen nicht. Vgl. Linklater (1996): S. 87 f.

⁸⁰ Held (1995): S. 233.

⁸¹ Vgl. Held (1995): S. 268.

⁸² Vgl. Held (1998): S. 71 und Held (1995): S. 230.

subsidiäre Aufteilung der politischen Aufgaben zwischen lokalen, nationalen, regionalen und globalen Institutionen vor.⁸³ Held unterstützt hier ausdrücklich „Sezessionen“: für das ausschließliche Festhalten an den historisch zufällig entstandenen politischen Einheiten gibt es keine Gründe – diese können ergänzt werden durch lokale politische Einheiten. Dieses System besteht aus „overlapping power-centres, shaped and delimited by democratic law“.⁸⁴

Der umfassende Ansatz Helds stellt im Vergleich zur Demarchie und den staatlich fixierten Modellen einen wesentlichen Fortschritt dar. Viele Punkte Helds entsprechen den bisher aufgezeigten Notwendigkeiten eines poststaatlichen Modells: dies betrifft vor allem die Rolle des Staates als Ordnungsmacht, die Notwendigkeit eines starken Subsidiaritätsprinzips sowie die Einbeziehung internationaler Organisationen.

Neben den Vorzügen hat das kosmopolitische Modell einige Schwächen. Dies betrifft insbesondere das Konzept des Weltbürgers – dieses enthält die Projektion des Staatsbürgers auf die globale Ebene.⁸⁵ Dieser Weltbürger – losgelöst von Identität und Öffentlichkeit – bleibt ein abstraktes Modell ohne Bindungen. Dabei ist sowohl die Prämissen als auch die Folgerung äußerst problematisch:

„Im Zentrum des Kosmopolitanismus steht eine liberale Konzeption des Individuums, die vernachlässigt, wie die Individuen, ihre Interessen und Werte, durch die Gemeinschaft bestimmt werden, der sie angehören.“⁸⁶

Dem Weltbürgertum fehlt die Substanz, da es an keine Wir-Identität gekoppelt ist. Das gleiche gilt für die implizierte Weltöffentlichkeit. Die Akreditierung von NGOs und die erhöhte Transparenz internationaler Organisationen sind notwendige, aber längst nicht hinreichende Bedingungen für eine globale Öffentlichkeit.

Unabhängig davon, welche Auswirkungen der Globalisierungsprozeß auf Identität und Öffentlichkeit hat, wird deutlich, daß es sich sowohl bei Öffentlichkeit als auch bei Identität nicht um ein institutionelles, sondern um ein strukturelles Problem handelt. Identität und eine gemeinsame politische Öffentlichkeit lassen sich nicht durch Institutionen installieren.⁸⁷ Demokratie basiert nicht auf der Addition von Individuen, sondern setzt eine Identität voraus, die Mehrheitsentscheidungen trägt. Die Herausbildung einer globalen Wir-Identität ist unwahrscheinlich, so daß das Problem einer „identitätsschonenden“ Demokratie zentral wird.

Ebenso wie das Weltbürgertum basiert auch die Idee des Weltparlaments auf einer einfachen Spiegelung der Staatslogik auf die globale Ebene. Dabei wäre zu bedenken, daß der Repräsentationsgedanke eines Parlaments keine notwendiger Bestandteil eines poststaatlichen Demokratiemodells sein muß – denn gerade die Repräsentation

⁸³ Vgl. Held (1995): S. 235.

⁸⁴ Held (1995): S. 235.

⁸⁵ Vgl. Held (1993): S. 33.

⁸⁶ Zürn (1998): S. 249. Vgl. a. Brown (1995) und Beck (1998): S. 33.

⁸⁷ Vgl. Castells (1997): S. 52.

tion ist wie kein zweites Merkmal mit dem territorialstaatlichen, liberalen Demokratiemodell der Moderne verbunden. Dahl hat den Wandel der Paradigmen mit der Bedeutung des Raumes erklärt. Angesichts der Neudefinition des Raumes in einer globalen Welt ist es an der Zeit, erneut die Demokratie in ein neues Raumkonzept einzupassen:

„Grundlegend ist (...) die Beobachtung, daß die repräsentative gegenüber der plebiszitären Komponente der modernen Demokratie nicht zwangsläufig mit wachsender Größe der sozialen Bezugseinheiten der Demokratie immer mehr an Bedeutung gewinnen muß. Vielmehr kann sich gerade mit Blick auf die Heterogenität der *constituencies* eine Aufwertung plebiszitärer Elemente empfehlen.“⁸⁸

In diesem Kontext wäre darüber nachzudenken, welche Rolle die Partizipation anstelle der Repräsentation spielen kann. In diesem Punkt ist der Ansatz Burnheims durchaus gewinnbringend. Das Konzept der Partizipation scheint wesentlich besser zur flow-Logik zu passen als die Repräsentation. Eine gleichzeitig Stärkung der Partizipation auf lokaler Ebene korreliert wohl sogar mit dem Held-Modell.

4.3 Akteure und Institutionen einer poststaatlichen Demokratie

Bisher hat sich gezeigt, daß alle vorgestellten Modelle entweder einen Mangel an Effektivität oder aber input-Legitimität haben. Da die Balance beider Aspekte notwendig ist, besteht die Herausforderung darin, beiden Anforderungen gerecht zu werden. Das scheint aber nur in einem komplexen Modell möglich, das sich von der territorialen Logik der Demokratie verabschiedet hat. Einige Aspekte sollen im folgenden weiter ausgeführt werden. Weder output- noch input-Legitimität lassen sich durch eine Ausdehnung des territorialstaatlichen Prinzips auf globale Größe herstellen.⁸⁹ Die Herstellung öffentlicher Güter (governance) in territorial begrenzten Räumen wird durch den Globalisierungsprozeß problematisch. Auf der anderen Seite ist es weder notwendig noch wünschenswert, die rechtliche Existenz des Staates (government) in Frage zu stellen.

Wie könnte also die Architektur einer poststaatlichen Demokratie aussehen? Offensichtlich ist eine neue Aufgabenverteilung zwischen lokalen Akteuren, Staat und funktional-sektoral organisierten, internationalen bzw. transnationalen Organisationen bei der Herstellung öffentlicher Güter notwendig. Diese Neugestaltung der Zuständigkeiten beschreibt einen Prozeß in scheinbar entgegengesetzte Richtungen: Aufgaben werden sowohl den lokalen als auch den überstaatlichen Akteuren zugewiesen. Dieser Bedeutungsverlust des Staates scheint angesichts der Globalisierung unvermeidlich. Welche Anforderungen an diesen Aufteilungsprozeß gestellt werden müssen, ist erläutert worden.

⁸⁸ Brock (1998): S. 67.

⁸⁹ Vgl. Kohler-Koch (1998): S. 13.

Ein vielversprechender Weg zur Neugestaltung ist zunächst die Abkopplung der internen operationellen Souveränität vom territorialen und deren Verwirklichung im funktional-sektoralen Prinzip. Wie schon erläutert, ist diese Neufassung der internen, operationellen Souveränität nicht gleichbedeutend mit einer Auflösung des Staates. Angestrebt wird vielmehr die Ermöglichung von governance ohne government:

„Ordnungspolitik (governance) muß als eine für das Funktionieren jeder Marktwirtschaft (...) entscheidende gesellschaftliche Funktion nicht zwingend gleichgesetzt werden mit nationalstaatlicher Politik. Eine gemeinwohlorientierte Ordnungspolitik kann über nationalstaatliche Grenzen hinweg gedacht und organisiert werden, indem die operationellen Elemente der inneren Souveränität (die Ordnungspolitik) von ihrem formalen territorialen Element (dem Nationalstaat) und dessen institutionellen Kontext (der Regierung) gelöst werden.“⁹⁰

Das neue Modell geht von der Möglichkeit eines *pooling* der internen Souveränität unter dem funktional-sektoralen Organisationsprinzip aus.⁹¹ Konkret bedeutet dies die Verlagerung eines Teiles des politischen Willensbildungs- und Implementationprozesses auf funktional-sektorale Organisationen. An dieser Stelle stellt sich sofort die Frage der Teilnehmer an diesen funktional-sektoral organisierten Akteuren. Die Definition der input-Legitimität legt nahe, daß die Entscheidenden mit dem Kreis der Betroffenen übereinstimmen sollten. Burnheims Modell verdeutlicht das Problem einer Kategorisierung von Betroffenheit: wer soll diese feststellen? Einziger Ausweg ist die Selbstzuschreibung: betroffen ist der, der sich betroffen fühlt. „Betroffen“ im Sinne der Definition der input-Legitimität sind funktional-sektorale Gruppen, die sich je nach Thema neu formieren – dieses Organisationsprinzip entzieht sich jeglicher statischen Definition der Betroffenheit.

Entscheidungen im globalen Raum rufen demnach einen ständig wechselnden Kreis von Beteiligten und folglich ständig wechselnde Koalitionen hervor. Diese „virtuellen“ Betroffenheitskreise lassen sich kaum durch das Repräsentationsprinzip realisieren. Dies ist auch nicht unbedingt notwendig, da mit dem Partizipationsprinzip eine wesentlich flexiblere Methode zur Verfügung steht: Partizipation benötigt wesentlich geringeren institutionelle Verregelungsmechanismen und bildet geradezu die ideale Methode in Verbindung mit der Selbstzuschreibung.

Die Vorteile sind eindeutig: dieser Mechanismus gestattet eine umfassende Politisierung der flows ohne die suboptimalen territorialen Beschränkungen. Sowohl Effektivität als auch input-Legitimität werden durch dieses Prinzip erhöht. Durch die thematische Professionalisierung der Entscheidungsgruppen ist eine raschere Anpassung der Ordnungspolitik an den technologischen Fortschritt zu erwarten.⁹² An die Beteiligten sind im Detail andere Anforderungen zu stellen, als dies heute der Fall ist:

⁹⁰ Reinicke / Witte (1999): S. 20.

⁹¹ Vgl. Reinicke (1998): S. 70.

⁹² Vgl. Reinicke / Witte (1999): S. 22.

die Diskussion um die Transparenz privater Unternehmen und die zukünftige Rolle von NGOs zeigen jedoch eine Perspektive auf.⁹³

Doch werden diesen positiven Aspekte durch zwei neue Probleme erkauft: (i) stellt sich die Identitätsfrage, und (ii) würde die ausschließliche flow-Orientierung die *resistance identities*-Problematik erhöhen.

Beide Fragen sind eng miteinander verwoben. Zunächst ist es sinnvoll, sich über die zukünftige Rolle von *places* klar zu werden. Die Einbindung von *resistance identities* in eine globalisierte Gesellschaft kann nur dann gelingen, wenn ein effektives Mitgestaltungsrecht als Grundvoraussetzung vorhanden ist:

„Wollen wir, daß es morgen wirkliche „Bürger der Globalisierung“ gibt, so müssen wir rasch „Stufen“ zwischen dem Individuum und der Globalitätsebene einbauen. Wir müssen besondere Gemeinschaften als legitim anerkennen und zugleich ihre Verknüpfung mit weiter gefaßten Gemeinschaften organisieren, damit die Welt zu einer „Gemeinschaft der Gemeinschaften“ wird.“⁹⁴

In diesem Sinne ist die „Entstaatlichung“ vieler Aufgaben auch im Kontext des klassischen Subsidiaritätsbegriffes zu sehen: Entscheidungen sollen in möglichst großem Umfang von denen gefällt werden, die direkt betroffen sind:

„This divisibility of sovereignty is embedded in the principle of subsidiarity, which implies that economic decisions (...) should be made by lower-level jurisdiction unless a clear rational can be given for assigning them to higher-level jurisdiction.“⁹⁵

Das Zugeständnis der Entscheidungsmacht belegt den Begriff der Sezession – wie Held richtig analysiert - mit einem neuen Verständnis: diese ist gewollt und notwendiges Element einer poststaatlichen Demokratie.

Problematisch bleibt das Verhältnis zwischen *flows* und *places*: da letztere in einer globalisierten Welt maßgeblich von *flows* beeinflusst werden, muß diesen *places* ein stärkeres Gewicht zukommen als bisher. Das Verhältnis zwischen den beiden Raumkonzepten wird durch das Identitätsproblem bestimmt. In diesem Fall reicht die Zuspitzung auf das Problem der Mehrheitsentscheidungen aus, um Klarheit zu schaffen: im place-definierten Raum ist die Identität konstituierendes Merkmal – deswegen besteht das Problem der illegitimen Mehrheitsentscheide nicht. Ebenso sind in den funktional-sektoral organisierten Einheiten Mehrheitsentscheide denkbar. Während also Mehrheitsentscheide in diesem Rahmen unproblematisch sind und angesichts der Verteilungsproblematik auch weiterhin notwendig sind, kann im Verhältnis zwischen *places* und *flows* nicht auf den identitätsstrapazierenden Mecha-

⁹³ Vorschläge in diese Richtung beinhalten die Offenlegungspflicht für private Unternehmen, Vgl. Wapner (1995), Reinicke (1998): S. 98 ff.

⁹⁴ Guéhenno (1999): S. 6.

⁹⁵ Reinicke (1998): S. 85. Vgl. a. Dahl (1994): S. 33.

nismus des Mehrheitsentscheides zurückgegriffen werden. Einfachster Mechanismus zur Vermeidung des Mehrheitsprinzips ist die Einführung eines Vetorechtes.⁹⁶ Das Vetorecht für die place-orientierte Mehrheit der Bevölkerung ist ein notwendiger Schritt zur Einbindung derselben. Diesen Schluß legt auch die Analyse der Öffentlichkeit nahe. Die funktionalen Öffentlichkeiten der *flows* alleine sind nicht in der Lage, eine gemeinsame, politische Öffentlichkeit zu schaffen.

Wo bleibt in diesem Entwurf der Staat als Akteur in einer poststaatlichen Demokratie? Die Rolle des Staates ist nicht so klein, wie es zunächst scheint: Die Umverteilung von Aufgaben wie oben beschrieben geschieht nicht von Geisterhand. Eine Selbstregulierung würde zu einem beachtlichen Chaos und Kompetenzstreitigkeiten in unregelmäßigen Bahnen führen. Den Staaten fällt die Delegation der Aufgaben auf die verschiedenen neuen Akteure zu. Diese ordnungspolitische Funktion kann im Moment kein anderer Akteur übernehmen.⁹⁷

5. Zusammenfassung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt sich die Frage nach dem Kern der Demokratie und der Ausgestaltung derselben erneut – eine Frage, die durch die scheinbar selbstverständliche Verbindung des demokratischen mit dem territorialstaatlichen Prinzip im westfälischen Modell lange vergessen war. Der Prozeß der Globalisierung stellt diese Selbstverständlichkeit in Frage. Eine Antwort auf diese Entwicklung kann nur dann gelingen, wenn erstens ein Globalisierungsbegriff definiert wurde und zweitens der Demokratiebegriff von seinen territorialstaatlichen Aspekten befreit worden ist. Die Analyse sowohl der Globalisierung als auch der Demokratie haben gezeigt, daß eine unreflektierte Spiegelung der territorial-demokratischen Prinzipien auf die globale Ebene nur wenig erfolgversprechend ist. Die Genese des territorialen, liberalen Demokratiemodells ist eng gekoppelt an die sozialen, gesellschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des 17. Jahrhunderts. Ein modernes Demokratiemodell sollte sich den Notwendigkeiten des 21. Jahrhunderts ebenso bewußt sein.

Das von Castells vorgestellte Konzept der *network society* hat sich als nützlich dafür erwiesen, die Grundvoraussetzungen für eine poststaatliche Demokratie abzuleiten. Aus Castells' Kategorien der *places* und *flows* lassen sich direkt Performanzanforderungen an ein Demokratie-Modell stellen.

Das Demokratie-Modell der Gegenwart ist demnach vor allen Dingen aus zwei Gründen problematisch geworden: Es erbringt unter den Bedingungen der Globalisierung weder die notwendige systemische noch die demokratische Performanz. Da die Balance beider Aspekte notwendig ist, besteht die Herausforderung darin, beiden Anforderungen gerecht zu werden. Dies kann offensichtlich nur dann gelingen, wenn

⁹⁶ Vgl. Beck (1998): S. 354.

⁹⁷ Vgl. Sassen (1998): S. 347.

places und *flows* einbezogen werden und deren Verhältnis auf einen neuen, demokratischen Konsens gestellt wird.

Die im Text vorgestellten Modelle haben vor allem in dieser Analyse der Globalisierung grundlegende Schwächen. Dies trifft insbesondere auf die Identitäts- und Öffentlichkeitsproblematik zu. Sowohl Identität als auch Öffentlichkeit sind kein institutionelles, sondern ein strukturelles Hindernis auf dem Weg zu einer „global-territorialen“ Demokratie. Deswegen sind erstens aufgeblähte, territorialstaatliche Konzepte ungeeignet, den globalisierten Raum der *flows* zu demokratisieren. Ebenso zweifelhaft ist zweitens die Fähigkeit, die andere Seite des Globalisierungsprozesses – nämlich die zunehmende Bindewirkung von *place-orientierted resistance identities* – in einen demokratischen Prozeß umzuleiten.

Die Demokratisierung der *flows* erfordert eine neue Aufgabenverteilung zwischen lokalen Akteuren, Staat und funktional-sektoral organisierten, internationalen bzw. transnationalen Organisationen. Der Staat bleibt dabei als wichtiges Ordnungsinstrument erhalten, wird aber zum Akteur unter vielen. Die Abkopplung der internen operationellen Souveränität von der extern-formalen steht für ein *governance without government*. Von diesem *pooling* profitieren funktional-sektorale Organisationen zur Steuerung und Demokratisierung der *flows*. Die Erfüllung der input-Legitimität ist in diesem Zusammenhang vor allem an die Prinzipien der Selbstzuschreibung und Partizipation gekoppelt.

Die Einbindung der *resistance identities* als zweites zentrales Problem verlangt nach einer effektiven Einbindung der *places* in die Gestaltung des Globalisierungsprozesses. Aus diesem Grund kommt dem Subsidiaritätsprinzip eine neue Aktualität zu – „Sezessionen“ werden zum notwendigen Element einer poststaatlichen Demokratie. Eine effektive Einbindung der *places* meint auch erweiterte (Veto-) Rechte gegenüber der *flow*-Logik.

Die analytische Verbindung von Globalisierungs- und Demokratietheorie hat sich bei der Analyse der verschiedenen Demokratiemodelle als fruchtbar herausgestellt. Dieser Ansatz sollte weiter verfolgt werden. So wäre es hochinteressant, andere Globalisierungskonzepte auf ihre Konsequenzen für eine „globalisierte“ Demokratie zu prüfen.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

Agnew, John (1999): Mapping Political Power Beyond State Boundaries: Territory, Identity, and Movement in World Politics. In: *Millenium* 28,3. S. 499-521.

Agnew, John / Corbridge, Stuart (1995): Mastering Space. Hegemony, Territory and IPE. London / New York.

Albers, Mathias (1998): Entgrenzung und Formierung neuer politischer Räume. In: Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Regieren in entgrenzten Räumen*. Opladen. S. 49-76. (Politische Vierteljahresschriften Sonderheft 29).

Appadurai, Arjun (1996): *Modernity at Large*. Minneapolis.

Beck, Ulrich (1998): Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? Eine Einleitung. In: ders. (Hg.): *Politik der Globalisierung*. 1.Aufl. Frankfurt. S. 7-66.

Benhabib, Seyla (1998): Democracy and Identity. Dilemmas of Citizenship in Contemporary Europe. In: Greven, Michael (Hg.): *Demokratie – Eine Kultur des Westens?* Opladen. S. 225-248.

Benz, Arthur (1998): Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat. In: Greven, Michael (Hg.): *Demokratie – Eine Kultur des Westens?* Opladen. S. 201-222.

Brock, Lothar (1998): Staatenwelt, Weltgesellschaft und Demokratie. In: Messner, Dirk (Hg.): *Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft*. Bonn. S. 44-73.

Brown, Chris (1995): International Political Theory and the Idea of World Community. In: Booth, Ken / Smith, Steve (Hg.): *International Relations Theory Today*. Cambridge. S. 90-109.

Buchstein, Hubertus (1996): Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 44,4. S. 583-607.

Burnheim, John (1985): *Is Democracy Possible? The Alternative to Electoral Politics*. Oxford.

Buzan, Barry / Held, David / McGrew, Anthony (1998): Realism vs. Cosmopolitanism. A Debate between Barry Buzan and David Held. Conducted by Anthony McGrew. In: *Review of International Studies* 24. S. 387-398.

Castells, Manuel (1996): *The Information Age: Economy, Society and Culture*, Vol. 1: *The Rise of the Network Society*. Malden.

Castells, Manuel (1997): *The Information Age: Economy, Society and Culture*, Vol. 2: *The Power of Identity*. Malden.

Castells, Manuel (1998): The Information Age: Economy, Society and Culture, Vol. 3: End of Millenium. Malden.

Commission on Global Governance (1995): Our Global Neighbourhood. The Report of the Commission on Global Governance. Oxford.

Dahl, Robert (1989): Democracy and its Critics. New Haven / London.

Dahl, Robert (1994): A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation. In: Political Science Quaterly 109,1. S. 23-34.

Die Zeit (26/ 2000): Streitgespräch zwischen Joschka Fischer und Jean-Pierre Chevènement. S. 13-18.

Dryzek, John S. (1995): Political and Ecological Communication. In: Environmental Politics 4,4. S. 13-30.

Easton, David (1953): The Political System – An Inquiry into the State of Political Science. New York.

Easton, David (1965): A Framework for Political Analysis. Englewood Cliffs.

Eder, Klaus / Hellmann, Kai-Uwe / Trenz, Hans-Jörg (1998): Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? In: Kohler-Koch, Beate (Hg.): Regieren im engrenzten Raum. Opladen. S. 321-344. (Politische Vierteljahresschriften Sonderheft 29).

Eder, Klaus (1999): Integration durch Kultur? Das Paradox der Suche nach einer europäischen Identität. In: Viehoff, Reinhold / Segers, Rien T. (Hg.): Kultur, Identität, Europa: Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt.

Fach, Wolfgang / Degen, Ulrich (1978): Zum wissenschaftlichen Stellenwert der Legitimitätsdiskussion. In: dies. (Hg.): Politische Legitimität. Frankfurt / New York. S. 7-25.

Falk, Richard (1995): Liberalism at the Global Level: The Last of the Independent Commissions?. In: Millenium 24,3. S. 563-576.

Fuchs, Dieter (1998): Kriterien demokratische Performanz in liberalen Demokratien. In: Greven, Michael (Hg.): Demokratie – Eine Kultur des Westens?. Opladen. S. 151-179.

Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.

Fuchs, Dieter (2000): Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: Einige demokratietheoretische Überlegungen. In: Niedermayer, Oskar / Westle, Bettina (Hg.): Demokratie und Partizipation. Opladen.

Gerhards, Jürgen / Neidhardt, Friedhelm (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. Berlin.

Gerhards, Jürgen (1993): Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Zeitschrift für Soziologie 22. S. 96-110.

Greven, Michael (1998): Grenzen und politischer Raum: Problemdimensionen der Demokratisierung der EU. In: Kohler-Koch, Beate (Hg.): Regieren im enggrenzten Raum. Opladen. S. 249-270. (Politische Vierteljahresschriften Sonderheft 29).

Guéhenno, Jean-Marie (1998a): Demokratie am Wendepunkt? In: Internationale Beziehungen 53,4. S. 13-20.

Guéhenno, Jean-Marie (1998b): From Territorial Communities to Communities of Choice: Implications for Democracy. In: Streeck, Wolfgang (Hg.): Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie. Frankfurt / New York. S. 137-150.

Guéhenno, Jean-Marie (1999): Die neue Machtfrage. In: Die Zeit 51 (16.12.). www.archiv.ZEIT.de/daten/pages/199951.demokratie_gueh.html (08.07.2000)

Haas, Peter M. (1992): Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination. In: ders. (Hg.): Knowledge, Power, and International Policy Coordination. Special Edition of International Organization 46,1. S. 1-36.

Habermas, Jürgen (1976): Legitimationsprobleme im modernen Staat. In: Kiermansegg, Peter (Hg.): Legitimationsprobleme politischer Systeme. Opladen. S. 39-61. (Politische Vierteljahresschriften Sonderheft 7).

Habermas, Jürgen (1996): Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt.

Habermas, Jürgen (1997): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 5. Aufl. Frankfurt.

Habermas, Jürgen (1998a): Die postnationale Konstellation. Politische Essay. Frankfurt.

Habermas, Jürgen (1998b): Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung. In: Beck, Ulrich (Hg.): Politik der Globalisierung. 1. Aufl. Frankfurt, S. 67-84.

Heinelt, Hubert (1998): Zivilgesellschaftliche Perspektiven einer demokratischen Transformation der Europäischen Union. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5,1. S. 79-107.

Held, David (1991): Democracy, The Nation State and The Global System. In: Economy and Society 20,1. S. 138-172.

Held, David (1993): Democracy: From City-States to a Cosmopolitan Order? In: ders. (Hg.): Prospects for Democracy. Oxford. S. 10-39.

Held, David (1995): Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance. Cambridge.

Held, David (1998): Rethinking Democracy: Globalization and Democratic Theory. In: Streeck, Wolfgang (Hg.): Internationale Wirtschaft, Nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie. Frankfurt / New York. S. 59-78.

Hennis, Wilhelm (1976): Legitimität. Zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. In: Kielmansegg, Peter (Hg.): Legitimationsprobleme politischer Systeme. Opladen. S. 9-38. (Politische Vierteljahresschriften Sonderheft 7).

Jarren, Ottfried (1998): Internet – Neue Chancen für die politische Kommunikation? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40. S. 13-21.

Kaiser, Karl (1998): Globalisierung als Problem der Demokratie. In: Internationale Politik 53,4. S. 3-11.

Keohane, Robert / Nye, Joseph (1989): Power and Interdependence. 2. Aufl.

Kohler-Koch, Beate (1998): Effizienz und Demokratie: Probleme des Regierens in entgrenzten Räumen. In: dies. (Hg.): Regieren im engrenzten Raum. Opladen. S. 11-28. (Politische Vierteljahresschriften Sonderheft 29).

Kopp, Manfred / Müller, Hans-Peter (1980): Krise der Legitimität? In: dies (Hg.): Herrschaft und Legitimität in modernen Industriegesellschaften. Eine Untersuchung der Ansätze von Max Weber, Niklas Luhmann, Claus Offe, Jürgen Habermas. München. S. 1-7.

Kielmansegg, Peter (1996): Integration und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hg.): Europäische Integration. Opladen. S. 47-72.

Linklater, Andrew (1996): Citizenship and Sovereignty in the Post-Westphalian State. In: European Journal of International Relations 2,1. S. 77-103.

Luhmann, Niklas (1977): Differentiation of Society. In: Canadian Journal of Sociology 2. S. 29-53.

Majone, Giandomenico (1998): The Regulatory State and its Legitimacy Problems. Wien. (Institut für Höhere Studien, Reihe Politikwissenschaft Band 56).

Mathews, Jessica T. (1997): Power Shift. In: Foreign Affairs 76,1 (Januar / Februar). S. 50-66.

Mayntz, Renate (1988): Funktionelle Teilsysteme in der Theorie der sozialen Differenzierung. In: dies. u.a. (Hg.): Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme. Frankfurt a. M. / New York. S. 11-44.

McGrew, Anthony (1997a): Globalization and Territorial Democracy. In: ders. (Hg.): The Transformation of Democracy? Globalization and Territorial Democracy. Walton Hall. S. 1-24.

McGrew, Anthony (1997b): Democracy Beyond Borders? Globalization and the Reconstruction of Democratic Theory and Politics. In: ders. (Hg.): The Transformation of Democracy? Globalization and Territorial Democracy. Walton Hall. S. 231-266.

Merten, Klaus (1999): Öffentlichkeit in systemtheoretischer Perspektive. In: Szyszka, Peter (Hg.): Öffentlichkeit. Diskurs zu einem Schlüsselbegriff der Organisationskommunikation. Opladen / Wiesbaden. S. 49-66.

Miller, David (1995): On Nationality. Oxford.

Moravcsik, Andrew (1997): Taking Preferences Seriously. A Liberal Theory of International Politics. In: International Organisation 51,4. S. 513-553.

Neyer, Jürgen (1999): Supranationales Regieren in EG und WTO. Soziale Integration jenseits des demokratischen Rechtsstaates und die Bedingungen ihrer Möglichkeit. In: ders. / Wolf, Klaus Dieter / Zürn, Michael (Hg.): Recht jenseits des Staates. Bremen. (ZERP-Diskussionspapier 1/99).

Offe, Claus (1998): Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Eine europäische Regimeform unter dem Streß der europäischen Integration. In: Streeck, Wolfgang (Hg.): Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie. Frankfurt a.M. / New York. S. 99-136.

Peters, Bernhard (1994): Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung. Köln. S. 42-76. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 34).

Reinicke, Wolfgang (1998): Global Public Policy. Governing without Government? Washington.

Reinicke, Wolfgang / Witte, Jan Martin (1999): Globalisierung, Souveränität und internationale Ordnungspolitik. In:

www.globalpublicpolicy.net/P/20ReinickeWitte.pdf (27.06.2000).

Sassen, Saskia (1998): Zur Einbettung des Globalisierungsprozesses: Der Nationalstaat vor neuen Aufgaben. In: Berliner Journal für Soziologie 8,3. S. 345-357.

Schambeck, Herbert (1992): Staat, Öffentlichkeit und öffentliche Meinung. Berlin. (Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte, Band 17).

Scharpf, Fritz W. (1970): Demokratie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanz.

Scharpf, Fritz W. (1993): Legitimationsprobleme der Globalisierung. Regieren in Verhandlungssystemen. In: Böhret, Carl / Wewer, Göttrik (Hg.): Regieren im 21. Jahrhundert. Zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Opladen. S. 165-186.

Scharpf, Fritz W. (1998): Demokratie in der transnationalen Politik. In: Beck, Ulrich (Hg.): Politik der Globalisierung. 1.Aufl. Frankfurt a. M. S. 228-253.

Schlesinger, Philip R. (1994): Europe's Contradictory Communicative Space. In: *Daedalus* 123,2. S. 25-52.

Slaugther, Anne-Marie (1997): The New Real World Order. In: *Foreign Affairs* 76,5 (September / Oktober). S. 183-197.

Schmalz-Bruns, Rainer (1999): Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaates. In: *Zeitschrift für internationale Politik* 6,2. S. 185-244.

Soskice, David (1998): Openness and Diversity in Transatlantic Economic Relations. In: Eichengreen, Bary (Hg.): *Transatlantic Economic Relations in the Post-Cold War Era*. New York. S. 8-35.

Strange, Susan (1996): *The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy*. Cambridge.

Streeck, Wolfgang (1998): Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie? Einleitung. In: ders. (Hg.): *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*. Frankfurt / New York. S. 11-58.

Thaysen, Uwe (1993): Öffentlichkeit aus politologischer Sicht. In: Faulstich, Werner (Hg.): *Konzepte von Öffentlichkeit*. Drittes Lüneburger Kolloquium zur Medienwissenschaft. Bardowick. S. 10-15.

Walker, R.B.J. (1993): *Inside / Outside: International Relations as Political Theory*. Cambridge. (Cambridge Studies in International Relations: 24).

Wapner, Paul (1995): Politics beyond the State. Environmental Activism and World Civic Politics. In: *World Politics* 47. S. 311-340.

Wolf, Klaus-Dieter (1997): Entdemokratisierung durch Selbstbindung in der Europäischen Union. In: ders. (Hg.): *Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union*. Baden-Baden. S. 271-294.

Young, Iris M. (1998): Selbstbestimmung und globale Demokratie. Zur Kritik des liberalen Nationalismus. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 46,3. S. 431-457.

Zürn, Michael (1998): *Regieren jenseits des Nationalstaates*. 1. Aufl. Frankfurt a. M.